

INHALT

1. Landtag bekräftigt seine Position gegen „Fracking“
2. Bericht der Landesregierung zu Jugendberufsagenturen
3. CDU fordert Verbesserung bei der Behandlung psychisch Kranker

21.02.2014

Landtag bekräftigt seine Position gegen „Fracking“ Landesgesetzliche Regelungen nicht ausreichend

Bereits im März vergangenen Jahres hatten alle Fraktionen des Schleswig-Holsteinischen Landtages sich in Sachen „Fracking“ für eine Bundesratsinitiative ausgesprochen. Beim Fracking geht es um eine Öl- und Gasfördermethode, bei der über Tiefbohrungen Flüssigkeit in Speichergestein eingepresst wird, um Risse zu erzeugen. Dadurch wird die Durchlässigkeit der Gesteinsschicht erhöht, so dass Erdgas und Erdöl wirtschaftlich gewonnen werden können. Manche Akteure setzen beim Fracking toxische Flüssigkeiten ein, weshalb eine Verschmutzung des Trinkwassers befürchtet wird.

Die Landesregierung hat zuletzt auf der Grundlage des bindenden Bundesbergrechts sechs Konzessionen zur Suche von Erdöl oder Erdgas in Schleswig-Holstein erteilt. Damit sind allerdings weder Erkundungsbohrungen noch das Fracking selbst erlaubt. Die Gebiete erfassen vor allem weite Teile Nordfrieslands und Dithmarschens, größere Abschnitte im Westen des Kreises Schleswig-Flensburg und einige Zonen im Großraum Kiel sowie im Kreis Rendsburg-Eckernförde.

Ziel der von allen Fraktionen getragenen Bundesratsinitiative ist es, den betroffenen Regionen im Land Möglichkeiten an die Hand zu geben, um Fracking zu untersagen. Mittlerweile hat Schleswig-Holstein diese Initiative im Bundesrat eingereicht. Die Piratenfraktion hat mittlerweile einen Gesetzesentwurf vorgelegt, mit dem unter anderem über eine Änderung des Landeswassergesetzes Fracking in Schleswig-Holstein ausgeschlossen werden soll.

Dieser Antrag wurde heute in den Ausschuss überwiesen. Allerdings wurden ihm von allen anderen Fraktionen wenige Chancen eingeräumt. Sie seien gut gemeint, aber nicht umsetzbar. Entscheidend bleibe, das Bundesbergrecht zu ändern.

Die CDU-Fraktion stimmte vor diesem Hintergrund heute einem Antrag der Regierungsfractionen zu, in dem die Position des Landtages gegen Fracking bekräftigt wird. „Der Ansatz, das Bundesberggesetz zu ändern, ist nach wie vor der richtige“, erklärte CDU-Umweltexperte Heiner Rickers dazu.

Antrag „Kein Fracking in Schleswig-Holstein“:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0600/drucksache-18-0671.pdf>

Gesetzesentwurf der Piraten:

Bericht der Landesregierung zu Jugendberufsagenturen CDU fordert Bündelung unterschiedlicher Beratungsdienste unter einem Dach

Im Mai vergangenen Jahres hatte der Landtag beschlossen, zu prüfen ob in Schleswig-Holstein kreisübergreifende Jugendberufsagenturen eingerichtet werden können. Der Bericht der Landesregierung zu diesem Vorhaben wurde in der heutigen Landtagssitzung vorgetragen.

Für die CDU-Fraktion stand in dieser Debatte der jugendpolitische Sprecher Hans Hinrich Neve am Rednerpult: „Unser Ziel muss es sein, jungen Menschen den Übergang von Schule in Ausbildung und von der Ausbildung in den Beruf zu erleichtern. Gerade einen Beruf zu erlernen und eine zufriedenstellende Arbeit zu finden, ist von hoher Bedeutung für die junge Generation“.

Für die CDU-Landtagsfraktion sei die Bündelung unterschiedlicher Beratungsdienste unter dem Dach einer Jugendberufsagentur ein guter Weg, um das Beratungsangebot für die Schulabsolventen effektiver zu gestalten.

Zudem müsse der Schulterschluss mit den Wirtschaftsverbänden und den Gewerkschaften verbessert werden. Auch müsse geklärt werden, wie volljährige und nicht mehr schulpflichtige Schülerinnen und Schüler angesprochen und erreicht werden. Ziel müsse es sein, dass der Jugendliche und seine berufliche Zukunft im Mittelpunkt stehen.

„Wenn es uns mit den Jugendberufsagenturen gelingt, dass möglichst alle jungen Menschen einen guten Job finden und sie ein eigenverantwortliches Leben führen können. Dann hätten wir unser Ziel erreicht. Lassen Sie uns gemeinsam auf den Weg machen!“, so Neve.

Der Bericht der Landesregierung wurde einstimmig in den Ausschuss überwiesen.

Bericht der Landesregierung:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1300/drucksache-18-1371.pdf>

CDU fordert Verbesserung bei der Behandlung psychisch Kranker Landesregierung berichtet über die Psychiatrieplanung im Land

Ein weiteres Thema der heutigen Landtagsdebatte war die Weiterentwicklung der Psychiatrieplanung in Schleswig-Holstein. Die Landesregierung legte dazu den Bericht vor.

Der gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Karsten Jasper erklärte: „30 Prozent der Menschen in Schleswig-Holstein erfüllen im Laufe eines Jahres die diagnostischen Kriterien für eine psychische Störung - Tendenz steigend. Depressionen sind dabei die häufigste psychische Erkrankung und führen zu einer hohen Zahl an Fehltagen. Anstelle jedoch direkt behandelt zu werden, stehen die meisten Patienten für Monate auf einer Warteliste. Das ist unbefriedigend und muss geändert werden.“

Der letzte Psychiatrieplan wurde vor 14 Jahren festgeschrieben. Seitdem hätten sich die psychischen Erkrankungen und die Strukturen in Schleswig-Holstein erheblich verändert. Diesen Veränderungen müsse der neue Psychiatrieplan durch Beteiligung verschiedener Gruppen nunmehr angepasst werden.

„Die Situation in den einzelnen Versorgungsbereichen muss nachhaltig verbessert werden. Die Ideen und Vorschläge der beteiligten Gruppen sind gut und werden sicherlich helfen, die Psychiatrieplanung zum Wohle der Patienten weiterzuentwickeln. Jetzt ist aber die Landesregierung gefordert, die nächsten Schritte zu benennen und diese in einem vorgegebenen Zeitplan in den bestehenden Psychiatrieplan einzuarbeiten“, so Jasper abschließend.

Der Bericht und der Antrag wurden zur weiteren Beratung in den federführenden Ausschuss überwiesen.

Antrag von SPD, Grüne und SSW:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1000/drucksache-18-1043.pdf>

Bericht der Landesregierung:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1500/drucksache-18-1518.pdf>

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de